

AUSSEN
WIRTSCHAFT
WIRTSCHAFTSBERICHT
CHINA

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER CHINA
MÄRZ 2024



Eine Information des
AußenwirtschaftsCenters Peking

Wirtschaftsdelegierter

Dr. Michael Berger

T +86-10-8527 5050

E peking@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/cn

HEAD OFFICE:

Mag. Franz Rößler

Mag. Rosmarie Fujiko Netzer

Mag. Stefan Stantejsky, MIA

T 05 90 900/4312

E aussenwirtschaft.asien@wko.at

 fb.com/aussenwirtschaft

 x.com/wko_aw

 linkedin.com/company/aussenwirtschaft-austria

 youtube.com/aussenwirtschaft

 flickr.com/aussenwirtschaftaustria

 instagram.com/aussenwirtschaft_austria.at

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten. Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gestattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist jede gewerbliche Nutzung dieses Werkes der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten.

© AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA DER WKÖ

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz i.d.g.F.:

Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Redaktion: AußenwirtschaftsCenter Peking, T +86-10-8527 5050, F +86-10-8527 5049

E peking@wko.at, W wko.at/aussenwirtschaft/cn

WIRTSCHAFTSBERICHT China (03/2024)

- **Schleppende Erholung – Das Wachstum von ca. 5.2 % im Jahr 2023 soll 2024 wieder auf 4,7 % sinken. Gründe sind die anhaltende Immobilienkrise, hohe Jugendarbeitslosigkeit und drohende Deflation**
- **Keine neuen wirtschaftlichen Impulse bei den diesjährigen Beschlüssen des Volkskongresses**
- **Demografische Probleme wirken sich auf das langfristige Wirtschaftswachstum aus**
- **BRICS Erweiterung – Chinas Führungsanspruch im globalen Süden**

Wirtschaftskennzahlen

	2021	2022	2023	Prognose für 2024
Nominales Bruttoinlandsprodukt in Mrd. USD ¹	17.759	17.886	18.127	19.487
Bruttoinlandsprodukt/Kopf in USD (Kaufkraftparität) ²	19.610	21.640	23.780	25.380
Bevölkerung in Mio. ³	1.399	1.397	1.396	1.400
Reales Wirtschaftswachstum in % ⁴	8,1	3,6	5,2	4,7
Inflationsrate (CPI) in % ⁵	1,4	1,8	1,2	1,5
Arbeitslosenrate in % (offiziell) ⁶	5,1	5,6	5,2	5,1
Wechselkurs der Landeswährung EUR zu CNY; 1 EUR = x CNY ⁷	7,21	7,11	7,7	7,5
Warenexporte des Landes in Mrd. US-Dollar ⁸	3.357	3.569	3.173	3.302
Warenimporte des Landes in Mrd. US-Dollar	2.687	2.712	2.622	2.694

Wirtschaftsleistung des Landes, Weltwertung: ⁹

Rang 2

Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

	2021	2022	2023
Warenexporte in Mrd. EUR	4,82	5,12 (+7,2 %)	5,06 (-3,9 %)
Warenimporte in Mrd. EUR	13,09	17,21 (+31,3 %)	15,16 (-13,1 %)
Dienstleistungsexporte in Mio. EUR ¹⁰	602	650 (+8,1 %)	Q1: 111 (+9 %)
Dienstleistungsimporte in Mio. EUR ¹¹	616	594 (-3,3 %)	Q1: 164 (+3,8 %)

Direktinvestitionen in China (inkl. Hongkong) ¹² , Stand 2022:	6,26 Mrd. EUR
Beschäftigte, Stand 2020:	24.270
Direktinvestitionen aus China (inkl. Hongkong) ¹³ , Stand 2022:	2,99 Mrd. EUR
Beschäftigte, Stand 2020:	2.694

Wichtigste Warenexportmärkte für Österreich im 1. HJ:	11. Rang
Wichtigste Warenimportmärkte für Österreich im 1. HJ:	2. Rang

¹⁻⁵ Quelle: Economist Intelligence Unit

⁶ Quelle: National Bureau of Statistics of the People's Republic of China; Prognose: Economist Intelligence Unit

⁷ Quelle: Economist Intelligence Unit, Angaben zum Periodenende

⁸ Quelle: Economist Intelligence Unit

⁹ Quelle: Weltbank

¹⁰⁻¹⁴ Quelle Österreichische Nationalbank

1. Wirtschaftslage

Niedrigeres Wachstumsziel als im Jahr 2023

Angesichts der schwierigen globalen Wirtschaftslage geht die Economist Intelligence Unit (EIU) von einem Wachstum der chinesischen Wirtschaft im Jahr 2024 von etwa 4.7 % aus, was unterhalb der 5.2 % des Jahres 2023 liegt. Im Fokus der Regierung steht dabei die Wiederbelebung des Konsums, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und eine Ankurbelung der Auslandsinvestitionen. Ministerpräsident Li Qiang forderte auf der ersten Sitzung im neuen Jahr des Drachen weitere energische Maßnahmen, um die Wirtschaft zu stärken. Auf der Tagung des nationalen Volkskongresses im März 2024 wurden wenig neue Impulse für einen wirtschaftlichen Aufschwung eingebracht. Wie im letzten Jahr soll das Wachstumsziel bei rund 5 % liegen. Die chinesische Zentralbank hat eine Zinssenkung angekündigt, um der Wirtschaft genügend günstige Kredite für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die Militärausgaben sollen jedoch um 7,2 % wachsen.

Schwächelnde Konjunktur gefährdet Chinas wirtschaftliche Vorhaben

Wirtschaftliche Stabilität ist auch im Jahr 2024 die höchste Priorität der Regierung. Der kriselnde Immobiliensektor, der einbrechende chinesische Aktienmarkt sowie die drohende Deflation dämpfen die Privatausgaben und damit die wirtschaftliche Erholung. Auslandsinvestitionen sind trotz der Werbemaßnahmen der Regierung weiterhin rückläufig. Im vierten Quartal 2023 wuchs Chinas Bruttoinlandsprodukt um 4.1 % im Vergleich zum Vorjahresquartal 2022.

Dienstleistungen als Säule der Entwicklung

Das Wachstum der letzten Jahre stützte sich stets auf die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors, der letztes Jahr 52,8 % zum BIP beigetragen hat (2021: 53,5 %, 2020: 54,5 %). Dabei dominierten 2022 der Einzelhandelssektor (9,5 %) und der Finanzsektor (8 %). Die Hotel- und Cateringbranche verzeichnete nach einem Aufschwung 2021 wieder einen Rückgang und trug nur 1,5 % zum BIP bei. Auf die Industrie sind 2022 39,9 % entfallen (2021: 39,3 %)

Verhaltener Konsum & Trend zum Onlinehandel

Das zunehmend vorsichtige Konsumverhalten der chinesischen Haushalte spielt eine große Rolle in Chinas aktueller Konjunkturschwäche. Unsicherheit und Misstrauen in die Wirtschaftsleistung des Landes sowie vereinzelt Meldungen zur abnehmenden Preisentwicklung schafften in den vergangenen Monaten vermehrt Anreize unter der chinesischen Bevölkerung, größere Anteile ihres Einkommens zu sparen. Die Folgen sind sinkende Verbraucherpreise und Preisrückgänge, welche eine gefährliche Deflationsspirale in Gang setzen könnten. Um den Konsum im Land anzukurbeln, veröffentlichte der Staatsrat einen 20-Punkte-Plan, wonach unter anderem der Kauf von E-Autos, der Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen, Dienstleistungen sowie die Gesundheitspflege gefördert werden sollen. Einen Lichtblick und Belebung der Konjunktur gab es während der Feiertage des chinesischen Neujahrs. In der Woche vom 10. bis 17. Februar wurden 88 Mrd. USD umgesetzt. Dies entspricht einem Anstieg um 19 % im Vergleich zu den Tourismusausgaben zum Neujahr 2019.

Grundsätzlich geht beim Konsum der Trend klar in Richtung Online-Einzelhandel. Dabei haben sich auf diesen Übergang vor allem die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wie ein Turbo ausgewirkt. Mit 4 % sind die Online-Einzelhandelsumsätze 2022 jedoch wesentlich langsamer gewachsen als noch in den Vorjahren (2021: 14,1 %; 2020: 10,9 %). Mittlerweile wird bereits rund jeder dritte Einzelhandelsumsatz über das Internet getätigt.

Verfügbares Einkommen der Haushalte steigt

In den letzten Jahren wurde der Privatkonsum einerseits durch höhere Ausgaben für Sozialleistungen und Lohnsteigerungen geschürt, andererseits durch Arbeitsplatzschaffungsmaßnahmen und Steuersenkungen. Gleichzeitig wurde der

Ausgleich des regionalen Einkommensgefälles forciert. Die verfügbaren Einkommen von ländlichen Haushalten stiegen schneller als die der städtischen, wobei der Aufholbedarf nach wie vor groß ist. 2022 haben die verfügbaren Einkommen der städtischen Haushalte um 1,9 % zugenommen (2021: +7,1 %; 2020: +1,2 %), die der ländlichen Haushalte um 4,2 % (2021: +9,7 %; 2020: +3,8 %).

Hohe Jugendarbeitslosigkeit - Statistikamt beendet Veröffentlichung der Zahlen

Doch nicht alle profitieren in gleichem Maße vom neuen chinesischen Wohlstand. Während die allgemeine Arbeitslosenrate in aktuellen Prognosen mit rund 5,2 % bemessen ist, ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich höher. Im Juni 2023 lag der Anteil arbeitsloser chinesischer Jugendlicher offiziell bei einem Rekordhoch von 21,3 %, bevor die Behörden die Veröffentlichung der Zahlen einstellten. Ab Dezember 2023 wird diese Zahl wieder veröffentlicht, jedoch modifiziert, wobei Studierende nicht mehr gezählt werden. Somit lag die neue Jugendarbeitslosigkeit im Dezember bei 14,9 %.

Sinkende Außenhandelszahlen auch nach Ende der COVID-Maßnahmen

Chinas Auslandsgeschäft schrumpft generell bereits seit geraumer Zeit. So sind die globalen Importe im Jahr-zu-Jahr Vergleich bereits in jedem Monat im Jahr 2023 stark zurückgegangen. Auch die Exporte sind im Jahresvergleich seit April eingebrochen. Laut der chinesischen Zollbehörde gingen in den ersten acht Monaten des Jahres 2023 Chinas globale Exporte und Importe im Vergleich zur Vorjahresperiode um 5,6 % bzw. 7,6 % zurück, wobei das nach wie vor einem Außenhandelsüberschuss von 553,4 Mrd. USD in diesem Zeitraum entspricht. Der Außenhandel ist ein wichtiger Wachstumsfaktor für China. Der Rückgang außenwirtschaftlicher Beziehungen reflektiert dementsprechend die aktuell schwache Entwicklung allgemeiner Konjunkturkennzahlen.

EU bleibt Chinas wichtigster Handelspartner

Die Importe der EU aus China haben 2022 rasant um +32 % auf 626 Mrd. EUR zugenommen (2021: 473,8 Mrd. EUR), während die EU-Exporte nach China 2022 um 3 % auf 230,3 Mrd. EUR zulegen konnten (2021: 223,5 Mrd. EUR). Damit war die EU im Vorjahr der wichtigste Handelspartner Chinas und China der wichtigste Handelspartner der EU. Dieses Jahr sind die sinkenden Außenhandelszahlen auch in Chinas Handelsbilanz mit der EU sichtbar. Hinzu kommen Subventionsuntersuchungen und die Prüfung von Anti-Dumping Zöllen seitens der EU gegen chinesische E-Auto Importe (mehr dazu weiter unten).

Rekordtief an ausländischen Direktinvestitionen

Der Fluss ausländischer Direktinvestitionen (FDI) nach China ist seit dem letzten Jahr stark gefallen und befindet sich gerade auf einem 30 Jahre Tief. Insgesamt betragen die FDI im Jahr 2023 nur 33 Mrd. USD. Verglichen mit den 180 Mrd. USD aus dem Jahr 2022 oder 344 Mrd. USD aus dem Rekordjahr 2021, fielen die FDI dramatisch. Gründe dafür könnte die Verunsicherung der ausländischen Unternehmen sein, ausgelöst durch U.S Sanktionen oder den stärkeren Fokus auf die nationale Sicherheit der chinesischen Regierung und dem damit ausgelösten Misstrauen gegen ausländische Unternehmen.

Nach der jährlichen Umfrage unter österreichischen Niederlassungen in China im Oktober 2023, gaben etwa 35 % aller Befragten an, dass ihr Investitionsvolumen gesunken ist. Bei etwa 38 % ist das Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben und nur ca. 15 % der Befragten haben ihr Investitionsvolumen erhöht.

FDI's spielen in China eine zentrale Rolle in dessen Wachstumsstrategie, was von mehreren chinesischen Beamten und in offiziellen politischen Dokumenten hervorgehoben wird. Der Staatsrat hat Mitte September letzten Jahres einen Leitfaden mit 24 Maßnahmen verkündet, um das Umfeld für Direktinvestitionen aus dem Ausland zu verbessern.

Chinas globale Direktinvestitionen weiterhin auf einem hohen Niveau.

Trotz geopolitischer Spannungen und wirtschaftlicher Unsicherheit ist Chinas globale Investitionstätigkeit auf einem hohen Niveau. Die chinesischen Direktinvestitionen im Ausland betragen ca. 75 Mrd. USD in der ersten Jahreshälfte 2023. Für das Gesamtjahr 2022 betragen die chinesischen globalen Direktinvestitionen ca. 163 Mrd. USD. Direktinvestitionen von China (inkl. Hongkong) in Österreich waren im Jahr 2022 knapp 3 Mrd. Euro, was einem Rückgang von 17,3 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Chinas Staatsführung lässt Tech-Unternehmen wieder mehr Spielraum

Der einst florierende – und weitestgehend unregulierte – Tech-Sektor Chinas wurde seit Ende 2020 zunehmend regulatorisch eingebremst. Verschiedene Maßnahmen richteten sich vor allem gegen die in den letzten Jahren rasant gewachsenen und oft Markt dominierenden Internetkonzerne wie Alibaba, Didi, Meituan und Tencent. Zu Beginn des Jahres 2023 signalisierte die chinesische Staatsführung jedoch ein Ende der harten Gangart gegen die Tech-Konzerne des Landes. Die digitale Wirtschaft wird als wichtiger Motor des Wirtschaftswachstums angesehen. Die Regulierungsbehörden haben sich verpflichtet, zukünftig die Datensicherheit zu forcieren, die Finanzstabilität zu fördern und Monopole zu verhindern.

Bei dem Thema Künstliche Intelligenz sind die Behörden wenig überraschend vorsichtig. So trat mit 15. August 2023 in China die weltweit erste offizielle Regulierung für generative KIs in Kraft. In den verabschiedeten Regeln geht es den Behörden unter anderem um nationale Sicherheit. So werden Anbieter zukünftig bezüglich Schutzes der nationalen Sicherheit, nationaler Interessen und Staatsgeheimnissen in die Pflicht genommen – parallel zum Anfang Juli in Kraft getretenen Anti-Spionage-Gesetz (mehr dazu weiter unten).

Die Regierung versucht die kriselnde Immobilienbranche zu stützen

Nachdem einer der größten chinesischen Immobilienriesen Evergrande bereits im Sommer 2021 beinahe in Konkurs ging, hat sich Chinas Immobilienkrise auf zahlreiche weitere Unternehmen dieser Branche ausgeweitet. Covid-bedingte Lockdowns haben über Monate hinweg die Lieferketten chinesischer Bauunternehmen nachhaltig unterbrochen und verhindert, dass Bauarbeiter zu ihren Projektorten reisen konnten, was wiederum zu Baustopps und sensiblen Verzögerungen bei vielen Immobilienprojekten geführt hat. Als Resultat haben die Wohnungskäufer zahlreicher nicht fertig gestellter Projekte aus Protest die Zahlungen ihrer Hypotheken eingestellt, dies hat bei den betroffenen Unternehmen und Banken für zusätzliche Liquiditätsprobleme gesorgt. Nun hat ein Gericht in HongKong die Auflösung des Immobilienkonzerns beschlossen, nachdem die Frist für einen Restrukturierungsplan Ende Jänner 2024 abgelaufen ist. Die Auswirkungen auf ausländische Unternehmen dürften gering ausfallen, da nur ein kleiner Anteil der 300 Mrd. USD Schulden im Ausland aufgenommen wurde. Die Nummer eins auf dem chinesischen Markt, Country Garden, hatte ebenfalls im August 2023 vor einem dramatischen Gewinneinbruch von 70 % gewarnt. Außerdem sah sich das Unternehmen mit drohenden Zahlungsausfällen konfrontiert. Im Februar 2024 senkte die Zentralbank überraschend den Referenzzinssatz für Hypotheken um deutliche 25 Basispunkte um den Immobilienmarkt weiter zu stützen.

Konjunkturfördernde Maßnahmen der Regierung

Auf durch die Immobilienkrise ausgelöste Konjunkturschwäche reagierte Peking mit einigen geldpolitischen Fördermaßnahmen. So wurden einerseits die Zinsen als auch die Mindestreservequote für Banken zwei Mal in 2023 Jahr gesenkt und Restriktionen beim Immobilienerwerb gelockert. Des Weiteren gab es Bemühungen, den Privatkonsum generell anzukurbeln. Der kriselnde Immobiliensektor stellt dennoch eines der größten langfristigen strukturelle Probleme des Landes dar. Schätzungen zufolge erwirtschaften Immobilien und verwandte Branchen etwa 30 % des chinesischen BIP.

Überalternde Bevölkerung als größte soziale Herausforderung

Mittel- bis langfristig ist die rasch alternde Bevölkerung des Landes eines der größten Wachstumshindernisse für China. Die jüngste, 2021 veröffentlichte Volkszählung bestätigte für den Zeitraum 2011-2020 das langsamste Bevölkerungswachstum Chinas seit sieben Jahrzehnten. Im Jahr 2022 allein wurden überhaupt nur 10 Mio. Geburten verzeichnet (2021: 10,6 Mio.). Damit beträgt Chinas Fertilitätsrate nur 1,18 – niedriger als jene des notorisch überalterten Japans (1,3) oder der USA (1,66), und liegt deutlich unter jenem Wert, der für ein stabiles Bevölkerungswachstum notwendig wäre (2,1).

Um diesen Entwicklungen gegenzusteuern hat China 2021 offiziell eine Drei-Kind-Politik proklamiert, nachdem man bereits ab 2015 schrittweise von der Ein-Kind-Politik abgekommen ist und den Familien zwei Kinder erlaubt hatte. Zusätzlich sollen die Kosten für Geburten und die Kinderbetreuung weiter gesenkt bzw. von der Einkommenssteuer abziehbar werden. Gleichzeitig hat man eine vorsichtige Debatte um die schrittweise Anhebung des Pensionsantrittsalters angestoßen. Aktuell liegt das Renteneintrittsalter bei 60 Jahren für Männer und 55 Jahren bei Frauen mit Bürotätigkeiten. Weibliche Fabrikarbeiterinnen können bereits mit 50 Jahren in Pension gehen. Das Renteneintrittsalter in China zählt somit zu den niedrigsten der Welt.

2. Besondere Entwicklungen

Visafreie Einreise für österreichische Staatsbürger

Seit dem 14. März 2024 können österreichische Staatsbürger:innen für bis zu 15 Tage für geschäftliche und touristische Zwecke sowie für Besuchsreisen und zum Transit ohne Visum in die Volksrepublik China einreisen. Diese Regelung ist vorerst bis 30. November 2024 gültig.

Ende der COVID Beschränkungen

Am 30.8.2023 verkündete China das Ende der Testpflicht für Einreisende. Damit ist das Reisen nach China erstmals seit dem Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 wieder ohne COVID-bezogene Einschränkungen möglich. Ab dem 1. November 2023 wurde auch das obligatorische Gesundheitsformular bei der Ein- und Ausreise abgeschafft.

Xi Jinping für dritte Amtszeit bestätigt

Auf dem Nationalen Volkskongress im März 2023 wurde Chinas Staatschef Xi Jinping für eine historische dritte Amtszeit bestätigt. Seine Zeit als Präsident verlängert sich damit um fünf weitere Jahre. Schon auf dem Parteitag im Oktober hatte sich der 69-Jährige über bisher respektierte Alters- und Amtszeitbegrenzungen hinweggesetzt. Er ließ sich eine andauernde Führungsrolle in der Parteiverfassung verankern. Damit könnte er sogar auf Lebenszeit im Amt bleiben. Xi wurde ebenfalls ohne Gegenstimme als Oberkommandierender der zwei Millionen Mitglieder zählenden Streitkräfte Chinas bestätigt.

Größte Regierungs-umbildung seit 10 Jahren

Mit der größten Regierungsumbildung seit zehn Jahren hat Xi Jinping seine Macht zementiert. Die Berufung enger Vertrauter des chinesischen Chinas Staats- und Parteichefs wurde vom Volkskongress abgesegnet. Li Qiang, ehemaliger Parteichef von Shanghai, wurde als Ministerpräsident bestätigt. Er folgte dem scheidenden Li Keqiang (67) der einem anderen politischen Lager angehörte. Li Qiang hat den zweimonatigen Lockdown der Metropole Shanghai zu verantworten, gilt jedoch als wirtschaftsnaher Pragmatiker.

Frauen sind im neuen Kabinett besonders schwach vertreten. Zuvor gab es in der Regel zumindest eine Vizepremierministerin.

Antikorruptionskampagne

Seit Anfang des Jahres 2023 sind einige Gefolgsleute von Xi verschwunden bzw. abgesetzt worden. So wurde der neue chinesische Außenminister Qin Gang nach

lediglich 6 Monaten offiziell seines Amtes enthoben. Sein Vorgänger Wang Yi übernahm wieder das Amt. Im Zuge einer Antikorruptionskampagne wurden auch einige hohe Militärs wie der Kommandant der Raketenstreitkräfte Li Yuchao und der Verteidigungsminister Li Shangfu festgesetzt.

Gründung einer neuen nationalen Datenverwaltung

Bis 2025 soll China im Jahr 48,6 Zettabytes generieren: Um diese Milliarden an Daten zu regulieren, hat der Nationale Volkskongress der Gründung einer neuen nationalen Datenverwaltung unter der Aufsicht der nationalen Entwicklungs- und Reformkommission zugestimmt. Die neue Behörde soll die Entwicklung der Digitalwirtschaft und auch digitale öffentliche Dienstleistungen fördern sowie das Teilen und die Nutzung von Datenressourcen koordinieren.

Volkskongress formuliert 14. Fünfjahresplan und Ziele für 2035

Im März 2021 hat Chinas Volkskongress formell den 14. Fünfjahresplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes im Zeitraum 2021-2025 beschlossen. Zentrales Ziel ist die Transformation Chinas in einen modernen sozialistischen Staat mit einer hochqualitativen und von Innovation getriebenen Wirtschaftsentwicklung. Bis 2035 soll das verfügbare Einkommen ausgehend vom Niveau des Jahres 2020 verdoppelt und China somit zu einer „high income society“ werden.

„Duale Zirkulation“ und Fokus auf Zukunftstechnologien als neues Wirtschaftsmodell

Das Modell der „dualen Zirkulation“ ist eines der Kernelemente des 14. Fünfjahresplans und soll die Wirtschaft des Landes nachhaltig verändern. Angesichts der angespannten handelspolitischen Verhältnisse will China in Zukunft seine Abhängigkeit vom internationalen Handel reduzieren. Mit dem Modell der dualen Zirkulation soll verstärkt auf Herstellung, Vertrieb und Konsum von Produkten im Inland gesetzt werden.

Zugleich sollen chinesische Unternehmen durch technologische Innovation in der globalen Wertschöpfungskette aufsteigen. Forschung in Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quanteninformatik, Halbleitertechnologie, Gen- und Biotechnik sowie Weltraumtechnologie soll vorangetrieben werden. China will in diesen Technologien künftig eine globale Vorreiterrolle einnehmen und strebt langfristig einen hohen Grad an technologischer Autarkie an. Das Land der Mitte hat weltweit das zweithöchste Forschungs- und Entwicklungsbudget. 2022 überstiegen die F&E Ausgaben 400 Milliarden EUR, dies entspricht einer Steigerung von 10,4 % gegenüber dem Vorjahr und macht damit 2,55 % des BIP aus. Parallel dazu werden steuerliche Anreize ausgeweitet. So können heimische Unternehmen in High-Tech Industrien ab nun 100 % (statt wie bisher 75 %) ihrer Forschungskosten steuerlich absetzen.

Außenpolitische Spannungen mit asiatischen Nachbarstaaten...

Auf dem geopolitischen Parkett ist China in den letzten Jahren zusehend selbstbewusster aufgetreten und hat mit rauen diplomatischen Tönen für große Verstimmungen bei anderen Staaten gesorgt. Zahlreiche Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer haben die Beziehungen zu Chinas Nachbarländern geschädigt und zur Gründung sicherheitspolitischer Bündnisse wie QUAD und AUKUS beigetragen, die von Peking allesamt als „anti-chinesisch“ wahrgenommen werden.

...den USA...

Die Beziehungen mit den USA sind nach wie vor sehr angespannt. Ein seit Ende 2018 bestehender Handelsstreit, konnte trotz einer 2020 unterzeichneten Zwischenvereinbarung (Phase One Deal) bis heute nicht gelöst werden. Eine harte Gangart gegenüber China ist eines der wenigen Dinge, die Washingtons Demokraten und Republikaner eint. So bestehen vor allem Beschränkungen für den Export von Hightech Chips bzw. Anlagen zu deren Erzeugung und US-Bürger dürfen in Tech-Unternehmen in China nur mit ausdrücklicher Genehmigung der US-Regierung arbeiten.

Immer wieder kommt es zu militärischen Drohgebärden seitens China, besonders stark waren diese bei hohen Besuchen ausländischer Politiker auf der Insel und rund um die kürzlich stattgefundenen Wahlen. Die USA und ihre Verbündeten befürchten, dass China aktiv an einer militärischen Invasion Taiwans im Laufe der nächsten Jahre arbeitet. Dies schließt man auch aus der ständigen Erhöhung der chinesischen Militärausgaben. Derzeit sind jedoch durch die seit Jahren bestehenden Spannungen um Taiwan keine größeren Einschränkungen für die globale Wirtschaft zu bemerken. Sollte sich der Konflikt verschärfen oder sogar militärisch eskalieren, wäre unmittelbar mit erheblichen Konsequenzen für die weltweite Chipindustrie, in der Taiwan Marktführer ist, als auch mit massiven Auswirkungen auf globale Lieferketten durch die Unterbrechung wichtiger regionaler Seehandelsrouten zu rechnen.

In den letzten Monaten kam es jedoch wieder zu einigen bilateralen Treffen auf hohem Niveau. So reiste der amerikanische Außenminister Anthony Blinken im Juni 2023 nach China um seinen (damaligen) Amtskollegen Qin Gang zu treffen. Einen Monat später besuchte Finanzministerin Janet Yellen China zu bilateralen Gesprächen. Im September traf auch der US nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan der chinesischen Außenminister Wang Yi. Schließlich trafen sich Biden und Xi im November 2023 zu bilateralen Gesprächen in den USA. Das Treffen der Außenminister Blinken und Wang Yi bei der Münchener Sicherheitskonferenz Mitte Februar wurde von Beobachtern ebenfalls als ein positives Signal wahrgenommen.

... und der EU ...

Auch mit der EU – dem wichtigsten Absatzmarkt für chinesische Exporte – sind die Beziehungen zunehmend beeinträchtigt, nachdem das Europäische Parlament den Ratifizierungsprozess des Investitionsabkommens CAI zwischen der EU und China im Mai 2021 als Reaktion auf Chinesische Gegensanktionen zu den von der EU verhängten Xinjiang Sanktionen gestoppt hat. Chinas Umgang mit der uigurischen Minderheit in Xinjiang hat die Ausarbeitung entsprechender Lieferkettengesetze in Europa bewirkt, die sicherstellen sollen, dass Geschäftsbeziehungen mit betroffenen Firmen unterbunden werden. Auch die Bezeichnung von China als „Rivalen“ seitens einiger europäischer Politiker sowie der Aufruf zum „De-Risking“ hat die Stimmung getrübt. Eine kürzlich eingeleitete Antisubventionsuntersuchung der EU-Kommission gegen den Import Chinesischer Elektroautos verursacht zusätzliche Spannungen.

„Momentum wiedergewinnen“ lautet die zentrale Aussage des jüngsten Positionspapiers der Europäischen Handelskammer in China mit Verweis auf die erhoffte wirtschaftliche Erholung mit Ende der Covid Pandemie. Der Report fasst zusammen, wie die ersten Monate des Jahres tatsächlich auf einen positiven wirtschaftlichen Aufschwung hindeuteten, dieser jedoch zur Jahresmitte aufgrund diverser struktureller Probleme abflachte. Als mögliche Lösungen für Chinas Wachstumsprobleme werden gezielte Strategien zur Ankurbelung des Inlandkonsums sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in den krisengebeutelten Immobiliensektor genannt.

Trotz Rückgang des EU-Handelsdefizits mit China von 400 Mrd. EUR 2022 auf 290 Mrd. EUR im Jahr 2023 (-27 %) ist China mit 520 Mrd. EUR nach wie vor die wichtigste Quelle von EU-Importen. Mit einem leichten Plus von 3 % auf 230 Mrd. EUR ist China der Drittwichtigste Exportmarkt der EU nach den USA und GB.

... während gleichzeitig eine Annäherung an Russland stattfindet.

Mit dem Ukrainekrieg hat sich eine weitere außenpolitische Baustelle aufgetan. Für China, welches erst Anfang Februar 2022 einen umfassenden strategischen Kooperationsvertrag mit Russland unterzeichnet hat, ist der Ukrainekrieg ein Balanceakt. Sowohl die territoriale Integrität als auch die Nicht-Einmischung in

interne Angelegenheiten gelten als Grundpfeiler der chinesischen Außenpolitik. Dementsprechend versucht sich Peking im Ukrainekrieg weitestgehend zurückzuhalten und ist vorerst nicht bereit an Russland Kritik zu üben oder trotz entsprechenden Aufforderungen sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Andererseits ist man sehr vorsichtig die Sanktionen nicht zu umgehen.

Durch all diese Konflikte ist Chinas außenpolitischer Handlungsspielraum zunehmend eingeschränkt. Sollte die Annäherung an Russland tatsächlich die Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik einläuten, ist mittel- bis langfristig mit massiven Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten ausländischer Unternehmen in China bzw. von chinesischen Firmen im Westen zu rechnen. Die USA und einige ihrer Verbündeten haben diesbezüglich erste Drohungen ausgesprochen.

**Die US-Regierung
schränkt den Handel
für bestimmte Hoch-
technologie-Produkte
mit China ein**

Aus Sicherheitsgründen hat die US-Regierung den Handel mit China im Bereich Halbleiter, künstliche Intelligenz sowie Quanteninformationstechnologien eingeschränkt. Investitionen in diesem Bereich können nach einer Prüfung untersagt werden. Es werden ausdrücklich sicherheitspolitische und keine wirtschaftlichen Gründe genannt. Die Entwicklung in diesen Bereichen soll verlangsamt werden um z.B. die Nutzung von Spitzentechnologie durch die chin. Volksbefreiungsarmee zu verhindern. Zusätzlich koppelt sich die USA weiter von den chinesischen Märkten ab. So sanken die Einfuhren aus China im letzten Jahr um 20 % und seit kurzem erfolgen mehr Importe von Produkten und Dienstleistungen aus Mexiko als aus China.

**Chinesische Antwort
auf die Handelsbe-
schränkungen**

Ab 1. August 2023 führte China Exportbeschränkungen auf seltene Industriemetalle Gallium und Germanium ein. Exporteure müssen eine Ausfuhrlizenz beantragen, um ausländische Kunden zu bedienen. Beide seltenen Metalle kommen beispielsweise in der Chipproduktion, Solarzellenproduktion, bei Glasfaser sowie Röntgenanlagen unter anderem zum Einsatz. Nach der Ankündigung stiegen die Preise für beide Rohstoffe. Ebenfalls wurden Exportkontrollen bei Drohnen, und zugehörigen Triebwerken, Laser und Radargeräten sowie Drohnenabwehrsystemen angekündigt. Zukünftig werden auch hier Exportlizenzen notwendig sein. Zusätzlich gelten seit November letzten Jahres Exportbeschränkungen für Graphit, welches besonders für die Batterieindustrie ein wichtiger Rohstoff ist.

**Die Europäische Union
plant eine Untersu-
chung zu möglichen
Anti-Dumpingzöllen
auf chinesische E-
Fahrzeuge**

Am 13. September hielt die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen eine Rede zur Lage der Union. Sie warf der chinesischen Seite Marktverzerrung im Bereich der E-Fahrzeuge vor. Unter anderem sollen Untersuchungen zu staatlichen Subventionen für die E-Autohersteller durchgeführt werden. Mögliche Ausgleichszölle können dabei auf chinesische E-Autos verhängt werden. Das chinesische Handelsministerium hat bereits reagiert und vor negativen Folgen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China gewarnt. Es wird befürchtet, dass die europäischen Autobauer in China mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.

Anti-Spionage Gesetz

Für zusätzliche Spannungen könnte das zum 1. Juli 2023 in Kraft getretene Anti-Spionage Gesetz sorgen. Dabei handelt es sich um eine Überarbeitung eines bestehenden Erlasses aus 2014. Das Gesetz soll dazu dienen, die nationale Sicherheit Chinas zu schützen und Spionageaktivitäten zu bekämpfen. Umgesetzt wird das durch sehr ungenaue Definitionen, was der Gesetzgeber unter Spionage versteht. Schon harmlose Aktivitäten ausländischer Unternehmen oder Journalisten könnten darunterfallen. Es drohen hohe Strafen sowie mögliche Ein- und Ausreisesperren nach/aus China.

**Ausbau des High-Tech
Sektors, speziell der**

In keinem Land der Welt werden mehr Chips verbaut als in der Volksrepublik China. Die Regierung kündigte beim Nationalen Volkskongress eine deutliche

Halbleiterindustrie als Folge auf die US-Sanktionen	Stärkung der eigenen Fähigkeiten in der Hochtechnologie an. Ein Fokus ist hier die Halbleiterindustrie, die unter US-Sanktionen leidet und nun eigenständiger werden soll. Auch Japan und die Niederlande schlossen sich den strengen Exportbeschränkungen Washingtons gegenüber Peking im Chipbereich an. Durch diese Drei-Länder-Allianz wird es für China immer schwieriger Ausrüstung zu kaufen, die für die Herstellung von Spitzenchips erforderlich ist. Das Land der Mitte importierte 2021 Halbleiter im Wert von 433 Milliarden USD, davon kamen 32 % aus dem Westen. Zählt man die Chips aus Taiwan dazu, steigt dieser Anteil auf 68 %. China wird inzwischen weiter in besonders fortschrittliche Halbleitertechnik investieren und erleichtert der heimischen Halbleiterindustrie den Zugang zu Subventionen.
Energiesicherheit geht vor Umweltschutz	<p>Im Sommer 2022 hatte China zunehmend mit Energieknappheit aufgrund von Hitzewellen und niedrigen Wasserständen im wichtigen Yangtze Fluss zu kämpfen. Folglich kam es zu temporären Produktionsstopps und Energiesparmaßnahmen.</p> <p>China hat zwar das ambitionierte Ziel bis 2060 klimaneutral zu werden, trotzdem wird wieder vermehrt in den Ausbau von Kohlekraftwerken investiert, um Engpässe in der Stromversorgung zu vermeiden. Laut den chinesischen Behörden dienen die neuen Kohlekraftwerke in erster Linie zur Sicherung vor Ausfällen bei Engpässen und zur Netzwerkstabilisierung. Die Gesamtleistung der neu genehmigten Anlagen war mit 106 Gigawatt viermal so hoch wie 2021. Bislang deckt Kohlestrom rund 60 Prozent des chinesischen Bedarfs ab. China investiert aber auch stark in den Ausbau erneuerbarer Energien, dessen Anteil an der Energieversorgung schrittweise erhöht werden soll.</p>
Hohe Autonomie in der Lebensmittelversorgung wird angestrebt	<p>Seit 2004 ist China ein Nettoimporteur von Lebensmitteln, zwischen 2000 und 2020 ist der Selbstversorgungsgrad des Landes von 93,6 % auf 65,8 % gesunken. Der Krieg in der Ukraine und das knappe globale Angebot, in Verbindung mit den sehr hohen Getreidepreisen, verstärken die Anstrengungen im Reich der Mitte, um größere Autonomie bei der Getreide- und Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Die chinesische Führung betrachtet die Ernährungssicherheit als ein zentrales Thema. Im Budgetentwurf wurden die Mittel zur Bevorratung von Getreide und anderen Nahrungsmitteln um 13 % erhöht, ebenso soll die Agrarwirtschaft modernisiert werden.</p> <p>Ausländische Importeure hatten in den vergangenen drei Jahren mit strengen Covid-Einfuhrkontrollen zu kämpfen, die am 8. Jänner 2023 aufgehoben wurden. Besonders hart waren Schweinefleischproduzenten betroffen. China importierte 2022 50 % weniger Schweinefleisch aus dem Ausland. Gleichzeitig stiegen die Produktionskapazitäten der heimischen Schweinefleischindustrie um 14 %</p> <p>Zusätzlich hat Chinas General Administration of Customs (GACC) neue Gesetze zur Registrierungspflicht für Lebensmittelexporteure veröffentlicht, die am 1. Januar 2022 in Kraft getreten sind. Seitdem müssen alle ausländische Lebensmittelproduzenten, die ihre Produkte in China vertreiben möchten, je nach Kategorie entweder auf Empfehlung der zuständigen Behörden der jeweiligen Ursprungsstaaten registriert werden oder eine Selbstregistrierung durchführen. Ohne eine entsprechende Registrierung können Waren nicht mehr beim Import verzollt werden. Die neuen Maßnahmen sollen eine erhöhte Lebensmittelsicherheit garantieren.</p>
Gleichzeitig werden Investitionsrestriktionen aufgeweicht	Trotz all der oben genannten Entwicklungen versucht die chinesische Regierung nach wie vor durch verschiedene Maßnahmen das Vertrauen in die chinesische Wirtschaft zu stärken und so Investitionen anzukurbeln.

Im Zuge der Überarbeitung der sogenannten Negativliste im Frühjahr 2022 wurden die Investitionsbeschränkungen für ausländische Unternehmen in mehreren Wirtschaftssektoren gelockert, insbesondere im Finanzdienstleistungssektor. Die aktuelle Liste umfasst aber nach wie vor 33 Wirtschaftsbereiche mit aufrechten Investitionsbeschränkungen, die angeblich im Laufe der Jahre kontinuierlich abgebaut werden sollen. Gleichzeitig wurden in anderen Bereichen wie z.B. im Medien- oder Internetsektor neue Investitionsbeschränkungen eingeführt.

In manchen Wirtschaftsbereichen sind ausländische Investitionen jedoch explizit erwünscht, wie z.B. im Smart Manufacturing oder bei Energieeffizienz und Umwelttechnologie.

Einrichtung eines SCP IP Courts

Der Schutz von geistigem Eigentum (Intellectual Property Rights, IPR) – auch eines der großen Themen im Handelskonflikt mit den USA – soll gestärkt werden. Einige verfahrensrechtliche Verbesserungen wurden schon umgesetzt, wie z.B. die Einrichtung eines nationalen Gerichts (SPC IP Court) unter dem Obersten Volksgerichtshof, das seit Anfang 2019 landesweit IPR-Beschwerden bearbeitet.

Auch in der High-Tech Industrie soll der Schutz und die Anwendung von Patenten verbessert werden. Dies soll sich wiederum positiv auf die Forschungsausgaben auswirken und so wissenschaftliche Durchbrüche in zukunftssträchtigen Schlüsseltechnologien begünstigen.

3. Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

Nach neuem Handels- rekord 2022...

Das bilaterale Handelsvolumen zwischen Österreich und China erreichte 2022 ein Allzeithoch von 22,7 Mrd. EUR (+27 %). Im Jahr 2023 sank das bilaterale Handelsvolumen jedoch um ca. 11 % auf 20,2 Mrd. EUR. Damit war China auch wieder letztes Jahr Österreichs zweitwichtigster Lieferant (nach Deutschland) und der elft-wichtigste Exportmarkt für österreichische Unternehmen. Weltweit war China 2023 Österreichs drittwichtigster Handelspartner (hinter Deutschland und Italien). Mit keinem anderen Land unterhält Österreich ein größeres Handelsdefizit.

...nahmen Importe im Jahr 2023 um -13,1 % auf 15,16 Mrd. EUR ab und...

China gehört mit einem Importanteil von 7,5 % (15,46 Mrd. EUR) der österreichischen Gesamtimporte im Jahr 2023 weiterhin zu den wichtigsten Importpartnern Österreichs. Trotz Ende der Pandemiebedingten Maßnahmen sind diese Zahlen allerdings tendenziell rückläufig. So wurde im Jahr-zu-Jahr Vergleich 9,9 % weniger importiert. China bleibt dennoch hinter Deutschland der 2. wichtigste Beschaffungsmarkt.

Die Importe wurden vor allem durch die Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge mit einem Anteil von 57 % dominiert. Darunter vor allem die Untergruppe elektrische Maschinen. So stiegen z.B. die Einfuhren von Elektro-Akkumulatoren (+54,6 % auf 712 Mio. EUR), Elektroautos (+40 %) auf 320 Mio. EUR, Teile für elektr. Maschinen (+100,1 % auf 38 Mio. EUR) oder Batterien sowie Vorprodukte (+86,4 % auf 31 Mio. EUR). Starke prozentuale Anstiege hatten die Produktgruppen Mineralische Brennstoffe und Mineralöle (+135,8 % auf 34 Mio. EUR) sowie Schienenfahrzeuge (+115,5 % auf 55 Mio. EUR) zu verzeichnen.

Besonders große Rückgänge gab es im Jahr 2023 bei der Einfuhr von verschiedenen chemischen Erzeugnissen (-75,6 % auf 83 Mio. EUR), Bekleidung und Zubehör, (-16,2 % auf 583 Mio. EUR), Möbel/Bettwaren (-26,5 % auf 491 Mio. EUR)

sowie verschiedene Metalle oder Waren daraus wie z.B. Eisen/Stahl (-26,3 % auf 321 Mio. EUR).

... auch die Exporte fielen im Jahr 2023 um 3,9 % auf 5,06 Mrd. EUR.

Auch bei den österreichischen Exporten nach China kam es im Jahr 2023 zu einem Rückgang. Nennenswerte Abnahmen gab es bei der Ausfuhr von bedeutenden Produktgruppen wie Waren aus unedlen Metallen (-37,5 % auf 115 Mio. EUR), Eisen/Stahl (-17,9 % auf 104 Mio. EUR), künstliche Fasern (-23,4 % auf 216 Mio. EUR) oder Kfz, Traktoren und Motorräder (-28,9 % auf 539 Mio.) Wie auch im vergangenen Jahr, setzte sich der Einbruch der Lebensmittelexporte nach China im Jahr 2023 fort: Fleisch und Schlachtabfälle (-32 %), Milch und Molkereierzeugnisse (-31,9 %), Gemüse und genießbare Pflanzen (-69,8 %), Zubereitungen von Fleisch und Fisch (-100 %) sowie sonstige Waren tierischen Ursprungs (- 67,2 %).

Die wichtigste Produktgruppe für den Export waren Maschinen und Fahrzeuge mit einem leichten Anstieg (+1,9 % auf 2,99 Mrd. EUR). Bemerkenswerte Steigerungen gab es hingegen bei der Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen (+52,7 % auf 33 Mio. EUR), Luftfahrzeugen (+50,1 % auf 49 Mio. EUR) oder Kosmetikartikeln (+271,8 % auf 13 Mio. EUR).

Ambivalente Situation beim Export und Import von Dienstleistungen

Wie bereits im Jahr zuvor, konnte Österreich auch 2022 einen beachtlichen Zuwachs von 8,1 % auf 650 Mio. EUR bei Dienstleistungsexporten verzeichnen. Die Dienstleistungsimporte hingegen waren leicht rückläufig und beliefen sich mit einem Minus von 3,3 % auf 594 Mio. EUR. Bei Dienstleistungen nimmt China im globalen Vergleich eine untergeordnete Rolle als Partner ein. So ist das Land bei Dienstleistungsexporten lediglich Nummer 20 im Ranking der bedeutendsten Dienstleistungsexportmärkte. Bei Dienstleistungsimporten belegt das Land der Mitte gar Platz 25.

Dienstleistungsexporte im 1. Quartal 2023 stiegen im Jahresvergleich um 9 % auf 111 Mio. EUR. Österreichs Importe von Dienstleistungen aus China verzeichneten im 1. Quartal 2023 ebenfalls Zuwächse um 3,8 % auf 164 Mio. EUR.

Gruppenreisen wieder möglich: Graduelle Rückkehr der chinesischen Touristen

Gab es 2019 mit 1,03 Mio. Ankünften (+6,2 %) und 1,47 Mio. Nächtigungen (+5,6 %) noch einen neuen Rekord von chinesischen Reisenden nach Österreich, ist der Tourismus 2020 bis 2022 aufgrund der weltweiten und vor allem der chinesischen Reisebeschränkungen durch Covid praktisch zum Erliegen gekommen (2020 ca. 71.600 Ankünfte (-93,1 %) bzw. rund 123.600 Übernachtungen (-91,6 %); 2021 ca. 8.300 Ankünfte (-88,4 %) bzw. 30.400 Übernachtungen (-75,5 %)). Auch 2022 konnte mit lediglich 42.500 Ankünften (+410,1 %) bzw. 105.500 Übernachtungen (+75,1 %) chinesischer Touristen noch keine Trendwende eingeleitet werden. Nach der abrupten Abkehr der 0-Covid Politik Ende 2022, Aufhebung der Quarantänebestimmungen, dem sukzessiven Anstiegs der Flugkapazitäten sowie der Wiederzulassung von Gruppenreisen nach Österreich im August 2023, wird mit einer graduellen Rückkehr der chinesischen Touristen gerechnet.

Neue Geschäftschancen ergeben sich post-Covid im Gesundheitssektor und Freizeitbereich, ...

Aus der Beschleunigung bestimmter Trends post-Covid ergeben sich einige neue Geschäftschancen. Dazu gehören die Digitalisierung, z.B. Smart Manufacturing oder E-Health. Biotech, Pharma und Medizintechnik. Diese werden vom geplanten Ausbau des Gesundheitssystems profitieren. Das gestiegene Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung wird für mehr Nachfrage nach sportlichen Freizeitaktivitäten sorgen. Auch die Austragung der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking-Zhangjiakou hat Chinas Sport- und Freizeitwirtschaft nachhaltig gestärkt. Gemäß offiziellen Angaben sind bereits 300 Mio. Chinesen im Wintersport aktiv. Zahlreiche österreichische Anbieter haben sich in diesem neuen Markt erfolgreich positioniert. Verschiedene chinesische Behörden und Investoren zeigen starkes Interesse an deren Expertise.

**... der Modernisierung
der Landwirtschaft ...**

China will in den kommenden Jahren bei Anbau, Verarbeitung, Lagerung und Vertrieb wichtiger Lebensmittel zunehmend autark werden. Dies ist nur mit einer umfassenden Modernisierung der heimischen Landwirtschaft möglich, die nach wie vor von einem niedrigen Automatisierungsgrad und hoher Ineffizienz geprägt ist. Dies schafft neue Geschäftschancen für Hersteller von Verarbeitungsmaschinen, Agrar- und Landmaschinen sowie sonstigen Landwirtschaftstechnologien.

**... und einem Fokus
auf Umweltschutz.**

Ebenso schafft die politische Vorgabe einer umweltfreundlichen wirtschaftlichen Entwicklung („Green Development“) ein zusätzliches Potential für Umwelttechnik, z.B. im Bereich des nachhaltigen Bauens oder der Abfallentsorgung und -Verwertung. In der Klimapolitik hat sich China ehrgeizige Ziele gesetzt: die Schadstoffemissionen des Landes sollen nach einem Höhepunkt 2030 bis 2060 so stark gesenkt werden, bis man komplett klimaneutral ist.

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER PEKING

Adresse

2280 Sunflower Tower,

No. 37 Maizidian Jie

Chaoyang District, Beijing 100125, China

T +86-10-8527 5050

E peking@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/cn

